

Vortragsreihe

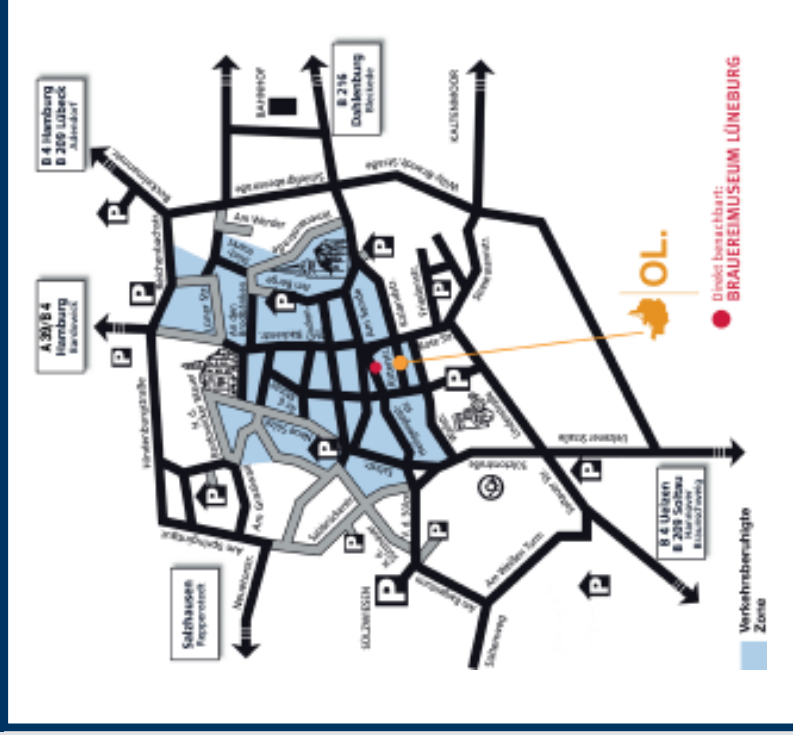
Do 21.11.2013	»Die Juden in Deutschland 1933 – 1945« Prof. Dr. Wolfgang Benz, ehem. Direktor Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin
Do 30.01.2014	»Gedächtnis und Gedenken. Orte des Holocaust in Niedersachsen« PD Dr. Habbo Knoch, Geschäftsführer der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten
Do 13.02.2014	»Juden in Königsberg unter nationalsozialistischer Herrschaft« Prof. Dr. Stefanie Schüler-Springorum, Direktorin Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin
Do 27.02.2014	»Im Ghetto: das Schicksal deportierter deutscher Juden in Riga 1941 – 1944« Dr. Peter Klein, Touro College Berlin / Hamburger Stiftung zur Förderung von Wissenschaft und Kultur
Do 13.03.2014	»Erinnerung an jüdisches Leben im früheren preussischen Osten« Uwe Neumärker, Direktor der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas
Beginn jeweils 19 Uhr, der Eintritt ist frei	

In Kooperation mit

**NORD
OST
INSTITUT**

IKGN e.V.

Eine Ausstellung des Ostpreussischen Landesmuseums
und der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas
in Kooperation mit dem IKGN e.V.



Ostpreussisches Landesmuseum
Ritterstraße 10, 21335 Lüneburg
Telefon: 04131 75 99 50 | Telefax: 04131 75 99 511
www.ostpreussisches-landesmuseum.de

Öffnungszeiten: Di–So 10–18 Uhr
Eintritt: 4,00 / 3,00 Euro, Familienkarte: 6,00 Euro
Familienfreundlich: Kinder bis 16 Jahre Eintritt frei!

Unterstützen auch Sie unsere Arbeit:
Spendenkonto Ostpreussisches Landesmuseum
Sparkasse Lüneburg | BLZ 240 501 10 | Konto 78 006
oder auch durch ehrenamtliche Mithilfe!



Folgen Sie uns auf Facebook.

Gefördert vom Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien aufgrund eines
Beschlusses des Deutschen Bundestages sowie aus Mitteln des Landes Niedersachsen.



Der Bundtag der Bundesregierung
für Kultur und Medien



Niedersachsen

Jüdisches Leben und seine Zerstörung
in den preussischen Provinzen Hannover und
Ostpreußen



Geheimes Staatsarchiv Preussischer Kulturbesitz, Berlin

14. November 2013 bis 24. April 2014



Historisches Museum Hannover / HAZ - Hauschild - Archiv

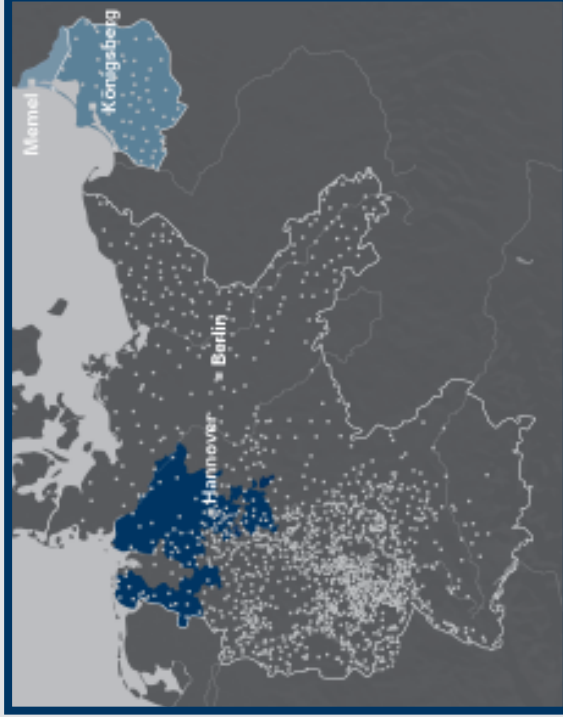
»Alles brennt!«

OL.
Ostpreussisches
Landesmuseum
Lüneburg



»Alles brannte!«

Die Ausstellung bietet auf Grundlage zahlreicher bisher unveröffentlichter Dokumente erstmals einen vergleichenden Einblick in die jüdische Geschichte zweier deutscher Regionen, der ehemaligen preußischen Provinzen Hannover und Ostpreußen. Sie geht dabei zunächst der Frage nach, wie sich das Zusammenleben zwischen Christen und Juden in den beiden Gebieten entwickelte und wie Nationalsozialisten es bereits seit den 1920er Jahren bedrohten.



Anlass ist der 75. Jahrestag des antijüdischen Terrors im November 1938. Die Ausschreitungen beendeten für die Juden im niedersächsischen Raum und in Ostpreußen gleichermaßen jede Hoffnung auf eine weitere Existenz in ihrer Heimat. Soweit ihnen die Auswanderung nicht mehr gelang, wurden sie fast ausnahmslos Opfer der Deportationen in Ghettos und Vernichtungslager.

Die komplett zweisprachige Ausstellung (deutsch-russisch) will einen grenzüberschreitenden Beitrag zur Aufarbeitung der jüngsten Vergangenheit in Deutschland, Polen, der Russischen Föderation und Litauen leisten und ist parallel in Kaliningrad (Königsberg) zu sehen.

Jüdische Gemeinden im Deutschen Reich, 1932. Stiftung/Denkmal für die emigrierten Juden Europas, Berlin. MIMCD/NEV MEDIA GmbH, Düsseldorf

Provinz Hannover

Im niedersächsischen Raum bestanden zahlreiche traditionsreiche jüdische Landgemeinden, so zum Beispiel in Ostfriesland. Anziehungspunkt jüdischen Lebens wurde jedoch die Provinzhauptstadt Hannover, die um 1930 zu den zehn größten jüdischen Gemeinden Deutschlands zählte. Das Zusammenleben von Juden und Nichtjuden in der Provinz Hannover wurde schon um 1890 durch antisemitische Parteien gestört. Bereits seit Ende der 1920er Jahre verübten Nationalsozialisten antijüdische Anschläge. 1933, nach ihrer Machtübernahme im Deutschen Reich, begann die systematische Verfolgung von Juden auch in Hannover. Zum Scheitelpunkt der antijüdischen Politik wurde der Terror im November 1938.

Juden galten dem Regime fortan als politisches Problem, sie mussten Zwangsarbeit leisten und in »Judenhäuser« umziehen. Ab 1941 begannen die systematischen Verschleppungen in den Tod. Eine öffentliche Gedenkkultur, die an die Opfer erinnert und sich mit den Verbrechen der Nationalsozialisten auseinandersetzt, entwickelte sich in Niedersachsen, wie auch anderswo, erst in den 1980er Jahren.

Provinz Ostpreußen

Zentrum des jüdischen Lebens war die Hauptstadt Königsberg, in der sich bis zum Ersten Weltkrieg der Liberalismus als politische Bewegung behauptete – länger als in anderen Teilen des Deutschen Reiches. Sie wurde vor allem von christlichen und jüdischen Kaufleuten getragen. Antisemitismus als politische Bewegung fand wenige Anhänger. Nach 1919 agitierten völkische Gruppen auch in Ostpreußen. Ihre Propaganda wirkte bei manchen Einwohnern, die nach der Abtrennung der Provinz vom übrigen Reichsgebiet in wirtschaftliche Not geraten waren. Anders als in Hannover setzte eine starke Radikalisierung erst 1928 ein, als die NSDAP Erich Koch als Gauleiter nach Ostpreußen sandte. Die SA überzog die Provinz seitdem mit Terror, der nach 1933 Teil der Regierungspolitik wurde.

Auch die ostpreußischen Juden wurden im November 1938 Opfer brutaler Ausschreitungen. Sie teilten in den folgenden Jahren das Schicksal der deutschen und europäischen Juden. Nur an wenigen Orten wird ihrer heute gedacht.

Max Arendt (1843–1913) mit seiner Enkelin Hannah (1906–1975), der späteren Philosophin. Der liberale Teagroßhändler steht für die Mehrheit der Königsberger Juden: Er verstand sich als deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens. Arendt war Vorsteher des Königsberger Stadtparlaments und der jüdischen Gemeindeversammlung. 1964 äußerte Hannah Arendt: »In meiner Art zu denken und zu urteilen komme ich immer noch aus Königsberg. Manchmal verheimliche ich mir das. Aber es ist so.«



Postkarte mit dem antisemitischen Borkum-Lied. Emden, Verlag von E. Adami zwischen 1901 und 1933: Mit diesem Lied endeten allabendlich die Kurkonzerte. Es richtete sich gegen Juden, ohne sie zu nennen; vielmehr wird auf ein angeblich jüdisches Äußeres abgehoben. Ähnlich ging der Postkartenzeichner vor: Er stellte zwei der Abgewiesenen (Mann mit Koffer und Kind) verächtlich mit O-Beinen dar. Jüdisches Museum Berlin, Foto: Jens Ziehe, Schenkung von Gerhard Sahr



Hannah Arendt Trust, New York